



Als Donald Trump den militärischen Schlag gegen Iran einleitete, formulierte er klare Ziele: die nukleare Bedrohung beseitigen, das Regime destabilisieren und die strategische Ordnung im Nahen Osten zugunsten der USA verschieben. Wochen später zeigt sich jedoch ein widersprüchliches Bild – eines, das weniger von Erfolg als von geopolitischer Unordnung geprägt ist.

Unveränderte nukleare Realität

Im Zentrum der amerikanischen Argumentation stand stets die Verhinderung einer iranischen Atombombe. Doch dieses Ziel wurde offensichtlich verfehlt. Trotz Luftangriffen durch die USA und Israel existieren weiterhin bedeutende Bestände hochangereicherten Urans. Schätzungen zufolge reicht das Material für mehrere Sprengköpfe.

Bemerkenswert ist dabei der rhetorische Kurswechsel Trumps. Während er zu Beginn die nukleare Bedrohung als unmittelbare Gefahr darstellte, relativierte er jüngst deren Bedeutung mit dem Hinweis, die Vorräte seien „zu tief vergraben“. Sicherheitspolitisch wirkt dies wie ein Eingeständnis begrenzter Handlungsmöglichkeiten – oder fehlender strategischer Kohärenz.

Für Teheran hingegen könnte sich die Lage verändert haben: Der militärische Druck erhöht den Anreiz, die nukleare Schwelle tatsächlich zu überschreiten. Abschreckung wandelt sich in Eskalationslogik.

Regimewechsel als rhetorisches Konstrukt

Nicht minder widersprüchlich ist die Frage nach einem Regimewechsel. Anfangs rief Washington offen zum Umsturz auf. Später erklärte Trump, dieser habe bereits stattgefunden – obwohl zentrale Machtstrukturen unangetastet blieben.

Die Islamische Revolutionsgarde kontrolliert weiterhin wesentliche Teile von Politik und Wirtschaft. Auch nach dem Tod des obersten Führers blieb die ideologische Linie unverändert; die Nachfolge sicherte Kontinuität, nicht Transformation.

Analytisch lässt sich daher kaum von einem Systemwechsel sprechen. Vielmehr handelt es sich um eine personelle Rotation innerhalb eines stabilen Machtapparates. Die Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und empirischer Realität untergräbt die Glaubwürdigkeit amerikanischer Außenpolitik.

Die Straße von Hormus als globaler Brennpunkt



Die gravierendste Veränderung zeigt sich jedoch nicht im Inneren Irans, sondern in der Region – genauer: in der Straße von Hormus.

Iran hat seine geostrategische Position genutzt, um den Schiffsverkehr massiv zu beeinträchtigen. Die Meerenge, durch die rund ein Fünftel des globalen Ölhandels verläuft, ist faktisch blockiert. Die Folgen sind weltweit sichtbar: steigende Energiepreise, volatile Märkte und zunehmende Nervosität in Europa und Asien.

Washington verweist auf die Verantwortung seiner Verbündeten, die Versorgungssicherheit selbst zu gewährleisten. Doch diese Haltung offenbart ein strategisches Dilemma: Die USA bleiben wirtschaftlich von globalen Energiepreisen abhängig, entziehen sich aber gleichzeitig der Rolle als Ordnungsmacht.

Hinzu kommt eine neue Entwicklung: Teheran erwägt offenbar, ein Gebührensystem für eine sichere Passage der Schiffe einzuführen. Damit würde Iran nicht nur Kontrolle ausüben, sondern auch ökonomisch profitieren – eine Machtprojektion ganz ohne nukleare Abschreckung.

Ein Krieg mit offenem Ausgang

Der Konflikt hat weder das iranische Nuklearprogramm beendet noch das politische System destabilisiert. Stattdessen hat er eine neue, schwer kontrollierbare Dynamik geschaffen: eine Kombination aus wirtschaftlichem Druck, regionaler Unsicherheit und strategischer Fragmentierung.

Die vielleicht folgenreichste Erkenntnis lautet daher: Der Krieg hat ein Problem nicht gelöst, sondern ein neues geschaffen – eines, das weit über den Nahen Osten hinausreicht.

Rückkehr zum Mond: Die NASA läutet eine neue Ära der bemannten Raumfahrt ein

Mit dem Start der Mission Artemis II beginnt eine neue Phase der bemannten Raumfahrt, die sowohl technologisch als auch geopolitisch von erheblicher Bedeutung ist. Erstmals seit der letzten Apollo-Mission im Jahr 1972 schickt die US-Raumfahrtbehörde NASA wieder



Astronauten in Richtung Mond – ein symbolträchtiger Schritt, der an die Pionierzeit der Raumfahrt erinnert und zugleich den Blick in die Zukunft richtet.

Der Start erfolgte vom Kennedy Space Center in Florida, einem Ort, der eng mit den historischen Erfolgen des Apollo-Programms verbunden ist. Entlang der sogenannten Space Coast versammelten sich zahlreiche Zuschauer, ähnlich wie in den 1960er- und 1970er-Jahren, um dem Ereignis beizuwohnen. Diese öffentliche Resonanz verdeutlicht die anhaltende Faszination für die bemannte Raumfahrt.

Technische Erprobung im Fokus

Die vierköpfige Crew – bestehend aus drei US-amerikanischen und einem kanadischen Astronauten – wird während ihres rund zehntägigen Flugs den Mond umrunden, ohne zu landen. Im Zentrum der Mission steht die Erprobung zentraler Systeme, darunter Lebenserhaltung, Navigation und Kommunikation unter realen Bedingungen im tiefen Weltraum. Diese Tests gelten als entscheidend für die Sicherheit zukünftiger Missionen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der sogenannten „fernen Mondseite“, einem Bereich, der von der Erde aus nicht direkt sichtbar ist. Die Reise dorthin stellt hohe Anforderungen an Technik und Crew und dient als Generalprobe für komplexere Vorhaben.

Strategische Dimension der Mondmission

Artemis II ist mehr als eine technische Demonstration. Die Mission ist Teil eines umfassenden Programms, mit dem die Vereinigten Staaten ihre Präsenz im All langfristig sichern wollen. Geplant sind unter anderem bemannte Mondlandungen sowie der Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur im Mondorbit und auf der Oberfläche.

Diese Ambitionen stehen auch im Kontext wachsender internationaler Konkurrenz, insbesondere durch China, das eigene bemannte Mondmissionen vorbereitet. Der Mond entwickelt sich damit zunehmend zu einem strategischen Schauplatz technologischer und politischer Rivalität.

Die aktuelle Mission markiert somit nicht nur eine Rückkehr zu einem vertrauten Ziel, sondern zugleich den Beginn eines neuen Kapitels in der Raumfahrt – eines, das von internationaler Kooperation ebenso geprägt sein könnte wie von geopolitischem Wettbewerb.



SONSTIGE NACHRICHTEN

Eine Mehrheit der Richter des **Obersten Gerichtshofs der USA** zeigte sich skeptisch gegenüber den Bemühungen von Trump, das Geburtsortsprinzip (birthright citizenship) einzuschränken. Als erster Präsident nahm Trump persönlich an den mündlichen Verhandlungen teil.

Die USA hoben Sanktionen gegen **Delcy Rodríguez**, die amtierende Regierungschefin Venezuelas, auf – ein weiterer Schritt hin zu einer Normalisierung der Beziehungen.

Französische Staatsanwälte erklärten, dass ein vereitelter Bombenanschlag auf ein Büro der Bank of America in Paris möglicherweise mit einer pro-iranischen islamistischen Gruppe in Verbindung steht.

SpaceX, das Raketen- und Satellitenunternehmen von Elon Musk, hat einen Börsengang beantragt, der zu den größten IPOs aller Zeiten zählen könnte.

Die USA planen eine militärische Ausweitung in **Grönland** und verhandeln mit Dänemark über den Zugang zu drei zusätzlichen Stützpunkten.

Eine mit dem Iran verbündete **irakische Miliz** bot Verhandlungen mit der irakischen Regierung über die Freilassung eines entführten amerikanischen Journalisten an.

Ein russisches Militärtransportflugzeug stürzte auf der **Krim** ab; alle 29 Menschen an Bord kamen ums Leben.

Israelische Militärvertreter haben christliche und drusische Führer im Libanon gedrängt, schiitische Muslime aus südlichen Städten zu vertreiben.

Robotaxis in Wuhan (China) blieben nach einem „Systemfehler“ mitten im Verkehr stehen.

Kambodscha lieferte den Anführer eines Geldwäsche-Konglomerats an China aus.

Autor: P. Tiko